

Schwacher Euro heizt Inflation weit

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/lesen/epa12399,83925,0,6>

- Währung verliert auf Weltmärkten an Wert
- Das könnte sich auf Preisentwicklung auswirken

 VON STEFAN LANGE
politik@suedkurier.de

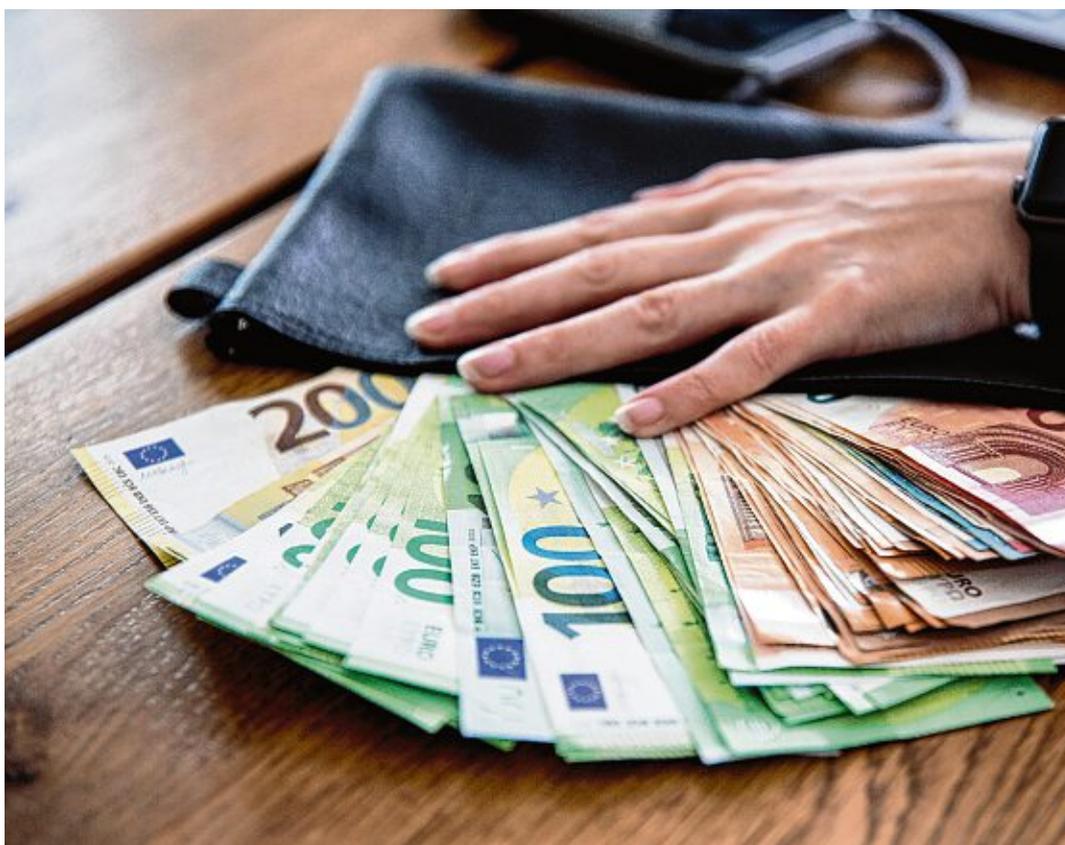
Berlin - Im Oktober 2008, auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanzkrise, standen ein paar Medienvertreter vor dem Kanzleramt und froren sich die Nase blau. Das Häuflein wurde mit einem historischen Ereignis für den Einsatzwillen belohnt. Die damalige Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der damalige Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) traten vor die Mikrofone und versicherten allen Sparern, „dass ihre Einlagen sicher sind“. Nie zuvor hatte eine Regierung eine solche Garantie aussprechen müssen. Die aktuelle Lage ist zwar nicht mit damals zu vergleichen, dennoch wächst die Sorge um den Euro. Denn die Gemeinschaftswährung hat zuletzt erheblich an Wert verloren, der Euro fiel erstmals seit 2002 zeitweise auf einen US-Dollar zurück. In der Politik wird bereits wieder von einer „Eurokrise“ gesprochen. In Kombination mit der hohen Inflation könnten sich daraus neue Belastungen für die Bürger ergeben.

Der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Marcel Fratzscher, sieht genau diese Gefahr. Da viele internationale Geschäfte in Dollar abgewickelt würden, sei das zunächst ein Nachteil für die Länder in der Eurozone, weil ein schwächerer Euro die Importpreise erhöhe, sagte er in Berlin. „Kurzfristig könnte das die Inflation weiter befeuern, weil gewisse Produkte für uns als Konsumenten

 „Kurzfristig könnte das die Inflation befeuern, weil gewisse Produkte für uns in Deutschland, in der Eurozone, teurer werden.“

Marcel Fratzscher, Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

tinnen und Konsumenten in Deutschland, in der Eurozone, teurer werden.“ Privathaushalte müssen sich demnach besonders warm anziehen, denn die bereits hohen Energie- und Rohstoffpreise dürften weiter steigen, weil beispielsweise Öl- und Gaslieferungen in Dollar abgerechnet werden.



Angesichts der hohen Inflation wird das Geld immer weniger wert. Das belastet viele Verbraucher. BILD: IMAGO

Waren „Made in Germany“ werden damit im Ausland billiger, die Nachfrage nach ihnen steigt.

Der CSU-Finanzexperte Sebastian Brehm macht für den Verfall des Euro-Kurses eine Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) verantwortlich, „die ihren zentralen Auftrag der Preis- und Währungsstabilität zuletzt nahezu vollständig vernachlässigt hat“. Die EZB habe „trotz vielfacher Warnungen die Inflation als Folge der jahrelangen Flutung des Marktes mit billigem Geld über Monate nicht ernst genommen“. Deshalb habe sich ungebrems eine Inflationswelle entwickelt, die durch die Ukraine-Krise verstärkt worden sei, sagte er unserer Redaktion. Brehm forderte die EZB auf, bei ihrer nächsten Ratssitzung am 21. Juli einen „größeren Zinsschritt“ zu machen. Die Notenbank hat einen Leitzins von 0,25 Prozent beschlossen, in den USA liegt er siebenmal höher.

Frei: Regierung schlechtes Vorbild

Unions-Fraktionsgeschäftsführer Thorsten Frei forderte, die EZB müsse „ihrer geldpolitischen Verantwortung bei der Bekämpfung der Inflation gerecht werden“. Ihre vordringlichste Aufgabe sei die Wahrung der Geldwertstabilität, sagte der CDU-Politiker. Das jedoch falle der Europäischen Zentralbank aufgrund der Haushaltspolitik in vielen europäischen Hauptstädten schwer, die deutsche Regierung gebe dabei ein schlechtes Vorbild ab. „Die Schuldenpolitik ist ein Brandbeschleuniger der Inflation. Wir haben einen Kanzler, der schon als Finanzminister von der europäischen Schuldenunion träumte und dessen Regierung einen Schuldenhaushalt nach dem anderen vorlegt“, erklärte Frei.

Der CDU-Politiker forderte „ein klares Eintreten für die Schuldenbremse und den Stabilitäts- und Wachstumspakt“. Letzterer wird von der EU gerade aufgeweicht, sie will klammen Regierungen länderspezifische Schuldenziele ermöglichen.

Diakonie fordert Krisenzuschlag für

Nach einer Studie werden Bedürftige deutlich stärker von der hohen Inflation getroffen als einkommensstärkere Haushalte

VON BIRGIT WILKE, KNA

Berlin/Stuttgart - Einkommensschwache Haushalte leiden überproportional stark unter der rasanten Teuerung, werden von der Bundesregierung aber nur unzureichend entlastet. Das ist das Ergebnis einer Studie im Auftrag der Diakonie Deutschland. Demzufolge geben die einkommensschwächsten 20 Prozent der Haushalte nahezu zwei Drittel (62,1 Prozent) ihres Konsums für die Preistreiber Nahrungsmittel, Wohnen und Haushaltsenergie aus. Bei den einkommensstärksten 20 Prozent sind es nur 44,1 Prozent. Weil es sich dabei um Waren des Grundbedarfs handelt, können die ärmsten Haushalte die Mehrausgaben kaum kompensieren.

Die Diakonie fordert deshalb eine rasche Entlastung von einkommensschwachen Haushalten. Der Präsident der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie, schlug vor, einen Krisenmechanismus für soziale Notlagen einzuführen. Dazu müsse das Parlament einen Notlagenparagrafen beschließen. Einkommensschwache Menschen sollten mindestens 100 Euro pro Monat für eine Dauer von sechs Monaten erhalten.

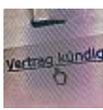
Lilie erklärte, rund acht Millionen Menschen in Deutschland lebten von existenzsichernden Leistungen. Hinzu kämen die vielen Familien sowie Rentner, deren Einkommen knapp über den Anspruchsgrenzen für Unterstützungsleistungen liege und die nun wegen der Inflation in Armut rutschten. Der Vor-

schlag der Diakonie von etwa 5,4 Milliarden. Die Diakonie bezahlbar, denn allein mit 3 Milliarden in einem Sozialgesetzgen vorrangig er Krise am härtesten

Die Diakonie sich hinter die F auf Bundesebene Annette Noller, der Diakonie W seien monatlich Ergänzung zu s „Schon jetzt me ratungsstellen, den große Not. D und Winter de

Vor kurzem h Kritik an den vo ter Christian Li Kürzungen bei geübt. Hintergr Medienbericht, nächsten Jahr e dern für Lang Demnach solle 2023 „Leistung in Arbeit“ von 4 den Euro auf 4 kürzt werden. „ der Förderung v zierung von Lar Geringqualifiz unanständig“, s zialpolitik, Mari

Das lesen Sie zu

 Rent destlo anfan www.